

Vossische



Zeitung

10 Pfennig

Gegründet

1704

Mit

Kurzstzettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Preis der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag: Ullstein-Verlag, Georg-Broschard-Verlag, Redaktion im Amn 8, Rindfleischstr. 4, Carl-Minch-Berlin, O. W. W. Hausarbeiten werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Parasch-Zentrale Ullstein, Am Dönhof (A 7) 3000-3001 für den Fernverkehr Am Dönhof 3000-3008, Telegramm-Adressen: Ullsteinhaus, Berlin, Postfachkonto Berlin 606

Die Vorbehalte der Deutschen Volkspartei

Im Reichstage wurde heute die erste Beratung der Reichsschulgesetzgebung fortgesetzt. Als erster Redner sprach vor zierlich leeren Reihen der Abgeordnete Dr. Kuntze (Dt. Vpt.). Er stellte entgegen seiner Rede fest, daß die vorkparteilichen Minister im Kabinett ausdrücklich sich ihre Stellungnahme vorbehalten hätten, und daß dieser Vorbehalt im Einverständnis mit den übrigen Ministern nicht der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden ist. Darüber hinaus aber haben beide Minister die Stellung ihrer Fraktion bezüglich des ganzen Gesetzeswerkes sich ausdrücklich vorbehalten. Die Fraktion erkennt den Gesetzentwurf als brauchbare Grundlage für die Verhandlungen an. Die Fraktion sei grundsätzlich damit einverstanden, daß der Beschlusseinstimmliche die verfassungsmäßige Stellung gegeben werde, aber ihre Ausgestaltung dürfe nicht auf Kosten ebenso verfassungsmäßig berechtigter Schulformen geschehen. Es dürfe kaum einem Widerspruch begegnen, daß die für alle gemeinsame Grundschule nach der Verfassung die Volksschule ist, und daß diese Volksschule der alten Simultanschule gleich sei und eine Vorklassifizierung haben soll, also die Regelschule ist. Theoretisch steht in diesem Entwurf diese Vorklassifizierung anerkannt. Die praktische Ausgestaltung mag aber diese Anerkennung wider zu liegen. In diesem Falle würde der Vorbehalt der Verfassungsmäßigkeit eine nicht zu verkennende Berechtigung haben. (Seit, hört, lacht.)

Herr Dr. Kuntze lehnte die Auslegung ab, monach jede Schulreform ein geordnetes Schulrecht ist. Bestimmt müßte die Leistungsfähigkeit bleiben, die abhängig ist von der wirtschaftlichen und kulturellen Eigenart eines Ortes. Die Schaffung von Vorklassifizierungen würde die Getrennung der Schule und einer dauernden Schulkampfung auch in den kleinsten Orten zur Folge haben. Zu diesem Schulgesetz könnte die Deutsche Volkspartei die Hand nicht bieten. Das wäre auch geradezu ein Mißbrauch des Elternrechtes. Schließlich betonte Dr. Kuntze, daß für seine Partei der Entwurf auch in der Frage des Religionsunterrichtes nicht tragbar ist. Eine Wiedererte der geistlichen Schulaufsicht müßte unter allen Um-

ständen vermieden werden. Nicht aus Ablehnung gegen die Kirche, sondern gerade um der Kirche willen. Einer einschneidenden Stellungnahme die Reichstagsversammlung. Jeder aber Rechten halte die Deutsche Volkspartei den Entwurf aber für eine brauchbare Grundlage für weitere Verhandlungen. Voraussetzung für einen Erfolg sei der Verzicht auf die Einstellung einzelner Parteien haben und drücken. Nach dem Abgeordneten Kuntze spricht die Abgeordnete Frau Dr. Bäumer für die Demokraten. Nach ihr steht für die Kommunisten Frau Clara Zetkin auf der Rednertribüne, die vor einigen Tagen aus Moskau nach Berlin gekommen ist.

Die Strafmündigkeit bleibt bei 14 Jahren

Der Strafrechts-Ausschuß des Reichstages lehnte heute alle Anträge auf Erhöhung der Altersgrenze, der Strafmündigkeit vom 14. auf das 16. Lebensjahr oder auf Gleichung einer besonderen Altersstufe der Straferkenntnis, auf zwölf bis 18 und 20 Jahren, ab.

Golpa arbeitet weiter

Keine Unterbrechung der Stromlieferung

Sonderdienst der 'Vossischen Zeitung'

19. Oktober

Durch Verpfändung der Aktien der Berliner Stromwerke, die die zentrale Stromlieferung in Halle gegen herausgegeben hatte, war in der Bevölkerung die Befürchtung aufgetaucht, daß die Produktion der Erbe Golpa und damit die Stromversorgung Berlins gefährdet sei.

Um dieses Gerücht nachzuprüfen, unternahm Regierungspräsident Dr. Brücker in Begleitung mehrerer höherer Beamter heute eine Inspektionsreise nach Golpa. Bei den Verhandlungen, die er hier mit der Leitung des Werkes und Aufsichtsratsvorsitzenden führte, sicherten die Vertreter der Arbeiterseite zu, daß die Produktion Golpas in jedem Falle sofort aufrecht erhalten bleibe, daß sowohl die Licht- wie auch die Kraftstromerzeugung des Werkes sichergestellt keine Einbuße erleiden. Zwar ist die Mündigkeit seit gestern um 14 Mann reduziert worden und ist auf 28 Mann gesunken, doch kann sie selbst in dieser Stärke, da sie an der produktionsmäßig günstigen Position eingetragt ist, und der Erzeugung durch die ständige Beschäftigung der Strecke besonders schnell konstatiert sei, die zur Aufrechterhaltung von Stromerzeugung erforderlichen Rollen, d. h. etwa 7000 Tonnen täglich, liefern. Der darüber hinausgehende Rest von 1000 Tonnen wird

aus Bunkerbeständen gedeckt, die zurzeit etwa noch 8000 Tonnen betragen.

Im Anschluß daran ludte Regierungsrat Grüner den Landrat des Kreises Bitterfeld, Gieseler, auf, um sich ihm einen Situationsbericht über die Lage des Bitterfelder Werkes geben zu lassen. Aus diesem Bericht ging hervor, daß die von der Stromlieferung angelegten Zähler über die in den Bitterfelder Werken tretenden Verbrauch zu treffen, sich als im Winterhalbjahr etwa 95 n. p. der Mündigkeit stellen. Die von Arbeiterseite verbreiteten Gerüchte über Terrorakte der Streikenden unterziehen, wie der Landrat auf Grund polizeilicher Berichte feststellte, jeder Grundlage.

Morgen, Donnerstag, um 11 Uhr vormittag, tritt in Berlin die Schlichtungsausschuß zusammen. Beide Parteien haben ihre Erklärungen abgegeben. Schlichter ist Professor Brahm, der bisher alle Verhandlungen geleitet hat. Das Reichsarbeitsministerium hofft, wie wir hören, daß der morgige Vermittlungsgespräch zur Beendigung des Kohlenkampfes führen wird.

Einlaß der Technischen Nothilfe

Nachrichtendienst der 'Vossischen Zeitung'

3. Sitzung, 19. Oktober

Das Braunkohlenwerk in Hirschfeld, das dem hiesigen Staate gehört, ist von 200 Mann Wasserpolizei besetzt worden. Wichtigste ist die Abteilung Technische Nothilfe eingeleitet worden.

Die Besetzung hat bei der Arbeiterseite Befremden hervorgerufen, da es bisher zu keinerlei Schwierigkeiten gekommen ist. Offenbar geschah dies deshalb, um die Stromerzeugung zu sichern, die von dem Hirschfelder Werke aus geschieht, zu sichern. Die gleiche Maßnahme ist auch bei dem Staatlichen Kraftwerk in Hülshen bei Leipzig getroffen worden.

Die Dessauer Zuderfabrik stillgelegt

Dessau, 19. Oktober. (W. Z. B.)

Anfolge Rohlenmangels ist heute die Dessauer Zuckerfabrik stillgelegt. Eine der größten Unternehmungen Mitteldeutschlands, zum Erliegen gekommen. Heber 2000 Mann müssen fehlen. Ein Teil der Belegschaft wird mit Handarbeiten beschäftigt.

Litauens Anspruch auf Wilna

Nachrichtendienst der 'Vossischen Zeitung'

Genf, 19. Oktober

Der Generalkonferenz des Völkerbundes hat die Note der litauischen Regierung gegen Polen auf die vorläufige Zusammenberufung der Delegierten des Völkerbundesbesatzes geschickt. Die litauische Regierung unterteilt die Litauen, daß die polnischen Maßnahmen im Wilna-Gebiet als Verletzungsmöglichkeit sein sollen angebliche Übergriffe der litauischen Regierung gegen die polnische Bevölkerung in Situationen von der polnischen Regierung angeordnet worden seien. Tatsächlich aber sei der Sach-

Zentrum für Wahlrechtsreform

Eine Interpellation im Reichstag

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat gestern folgende Interpellation eingebracht:

„Das geltende Wahlverfahren zum Reichstage der Deutschen Republik hat inwieweitigen Mängel im Ostteil gelitten. Durch die Offenwahl wird die Bevölkerung der Bevölkerungsteile seitens der gesamten Wählerkreise wesentlich beeinträchtigt. Die Größe der Wahlkreise mag die notwendige enge Vertrauensverbindung zwischen Wählerkreise und Abgeordneten unmöglich. Wie fragen wir:

1. Ist die Reichsregierung bereit, einen Gesetzentwurf, der das Wahlverfahren zur Beteiligung dieser Mängel umgestaltet, so rechtzeitig einzubringen, daß er noch von dem letzten Reichstage verabschiedet werden kann?

2. Daß diese Interpellation im Einverständnis mit dem Reichstagespräsidenten werden ist bei der Interpellation nicht zu halten. Es soll den Wunsch zu einer Stellungnahme des Reichstagespräsidenten in der Frage der Wahlrechtsreform geben, die seit Jahren alle Parteien des Reichstages verlangen. Der Vorsitzende des gesammten Reichstagespräsidenten, der demokratische Abgeordnete Rühl, hat während seiner Amtszeit sich der

Wahlrechtsreform sehr angenommen und einen Entwurf ausgearbeitet, der bei der wesentlichen Beteiligung der Wahlkreise und bei Beibehaltung der Vorzüge des Listenwahl-Systems — eine bessere Auslese der Mandatsbewerber, nach dem Werte der Personlichkeit, gewährleistet sollte. Dieser Entwurf ist leider nicht einmal ins Reichskabinett gelangt, trotzdem die Wahlrechtsreform allgemein als dringend anerkannt wurde. Unter dem Reichstagespräsidenten, wie in so vielen Dingen, auch in der Wahlrechtsreform nichts geschah. Ob der Wunsch des Zentrums ein praktisches Ergebnis haben wird, bleibt fraglich.

Es muß auch stark bemerkt werden, ob dieser unter dem Schatten der Wahlrechtsreform arbeitende Reichstag in der Lage sein wird, das Programm zu bewältigen, das bisher angehängt worden ist, als Schulgesetz, Beamtenbefolgung, Equipationskosten-Gesetz, Entz. Staatsrecht-Reform, Steuererkenntnis-Gesetz. Das ist zu erwähnen noch eine Wahlrechtsreform vorzuschreiben könnte, die als verfassungsänderndes Gesetz auf die Zustimmung der Reichstagesversammlung angewiesen ist. Es kann vorweggenommen sein, daß die Regierungskoalition die Unmöglichkeit einsehend, das vorgesehene Arbeitsprogramm durchzuführen und sich damit bescheidet, den Etat zu erledigen und danach den die Wahlrechtsreform, alles überläßt aber dem neuen Reichstag und einer neuen Mehrheit überläßt.